

## SHORT NEWS

**Zäsur in der argentinischen Politik**

(Bustos Domecq) - Die einen praktizieren Betriebswirtschaft demokratisch: Nach dem wirtschaftlichen Zusammenbruch Argentiniens 2001/02 wurden zahlreiche Fabriken besetzt. Noch heute gibt es rund 200 selbstverwaltete Betriebe mit mehr als 10.000 Beschäftigten. Andere betrachten das Regieren eines Staates als effizientes Management. Dazu dürfte der designierte argentinische Präsident Mauricio Macri gehören, der eine Reihe von Wirtschaftsführern in seine künftige Regierung aufnimmt. Sein knapper Sieg in der Stichwahl über den peronistischen Kandidaten Daniel Scioli hat weitreichende Konsequenzen. Der Liberalkonservative sorgte für einen Rechtsruck nach zwölf Jahren linksperonistischer Herrschaft. Die Argentinier wollten den Wechsel, weil die derzeitige Regierung in ihren Augen bei der Bekämpfung von Arbeitslosigkeit, Inflation und Kriminalität versagt hat. Die Staatskasse ist leer. Der Wechsel findet statt, weil viele Argentinier die Nase voll von den „Kirchneristas“ haben. Macri will sich mit den US-Gläubigern einigen, um Argentinien wieder an die internationalen Finanzmärkte zurückzuführen, und ausländische Investoren anlocken. Voraussichtlich wird er auch den Peso abwerten. Bevor er als Bürgermeister von Buenos Aires auftrumpfte, indem er mit einer neugeschaffenen Policía Metropolitana das Sicherheitsbedürfnis der Hauptstadtbewohner stillte, war er als Unternehmer erfolgreich in die Fußstapfen seines Vaters getreten und als Präsident der Boca Juniors populär geworden. Die „planes sociales“ der Vorgängerregierungen, die zur Senkung der Armutsrate in Argentinien geführt haben, wird er zunächst nicht anrühren. Außenpolitisch wird er eine Annäherung an die USA und Europa suchen und nicht mehr an Venezuela und China. Macri muss nicht nur die starken peronistischen Gewerkschaften und Basisorganisationen fürchten, die in der Vergangenheit nichtperonistische Regierungen mit Streiks und Demonstrationen blockierten. Zudem hat sein Wahlbündnis „Cambiamos“ keine Mehrheit im Kongress. Südamerikaweit wird ein Dominoeffekt erwartet. Die linke Regierung in Venezuela könnte davon am 6. Dezember bei den Parlamentswahlen mitgerissen werden. Auch in Brasilien befindet sich Präsidentin Dilma Rousseff im Popularitätstief.

**Déradicalisation : un défi futur ?**

(lc) - Après les attentats parisiens et les paniques bruxelloises - et plus loin de nous l'attaque contre la garde présidentielle tunisienne -, la terreur de Daech est redevenue un thème prépondérant dans les médias. Et c'est surtout le fait que les terroristes sont - en grande majorité - des natifs européens qui se sont radicalisés sur le Vieux Continent qui inquiète. Du coup, le concept de la déradicalisation prend de plus en plus d'ampleur. En France, Dounia Bouzar, l'auteure du livre « Comment sortir de l'emprise djihadiste » et à la tête de la seule ONG spécialisée dans la déradicalisation en France - qui d'ailleurs conseille toutes les préfectures françaises, qui reçoivent des appels à l'aide de parents ou de proches radicalisés via le fameux « numéro vert » - fait le tour des plateaux télé depuis deux semaines. Le premier ministre Valls a annoncé l'ouverture de plusieurs centres dédiés à cette problématique. Au grand-duc, c'est la Shoura qui a tiré la sonnette d'alarme, en indiquant que la prison de Schrassig, avec ses quelque 200 prisonniers musulmans qui n'ont pas droit à un imam, comme les catholiques qui peuvent faire appel à un prêtre, couvait un risque de radicalisation. Naturellement, le CSV a sauté sur l'occasion pour poser une question parlementaire, dans laquelle il préconise notamment la mise en place d'un « numéro vert » aussi au Luxembourg et demande comment le gouvernement veut traiter les risques à Schrassig. Peut-être les chrétiens-sociaux feraient-ils bien de prendre exemple sur le Danemark, où la ville d'Aarhus dispose d'un centre spécifique accueillant des jeunes radicalisés - qu'ils soient partis combattre pour Daech ou non - afin de leur offrir une prise en charge post-traumatique et une aide à la réinsertion. Sous condition d'être des repentis, bien sûr.

## AKTUELL

## GESETZESREFORM ZU WAHLUMFRAGEN

**Montagsfrage**

Raymond Klein

**Die neue Regelung der Umfragen enthält viel Erfreuliches, wirft aber auch so manche Frage auf.**

Dreieinhalb Jahre hat das Parlament an Alex Bodrys Proposition de loi herumgedoktert - nun ist sie endlich spruchreif. Der LSAP-Abgeordnete hatte im März 2012 vorgeschlagen, die Wahlgesetz-Regelungen zu den Meinungsumfragen zu reformieren. Nachdem die Regierung 2014 Position bezogen hatte, organisierte Bodry selbst als Präsident der Commission juridique und Rapporteur des eigenen Reformvorschlages den legislativen Endspurt.

Die radikalste Neuerung der Reform, über die demnächst im Plenum abgestimmt wird, ist die Verkürzung der Sperrfrist: Bisher durften im letzten Monat vor einem Wahlgang keine Umfragen mehr veröffentlicht werden. Künftig wird diese Frist auf fünf Tage vor der Wahl reduziert - in der Praxis ist also der Montag vor dem Wahlsonntag der letzte Tag, an dem Umfragen erscheinen. Außerdem - und hier hat sich das Parlament gegen den Staatsrat durchgesetzt - müssen, zusammen mit den Ergebnissen der Umfrage, umfassende Angaben über deren Zustandekommen veröffentlicht werden. Zu diesen Metadaten gehören - im Sinne maximaler Transparenz - der genaue Wortlaut der Fragen und Informationen über die Verarbeitung der Ergebnisse. Falls es sich nicht um Brutto-Ergebnisse handelt, muss angegeben werden, nach welchen Kriterien eine Projektion erstellt wurde. Bei weiteren Angaben, wie der Erhebungsmethode und der statistischen Zuverlässigkeit, genügt es, sie bei der „Autorité luxembourgeoise indépendante de l'audiovisuel“ (Alia) zu deponieren. Dort sind sie dann für jedermann einsehbar - und zwar online.

Im der ursprünglichen Proposition de loi waren auch Mindestanforderungen an die Qualität von Wahlumfragen vorgesehen. Hier hat die Kommission dem Staatsrat nachgegeben - der plädiert für eine Selbstregulierung dieses Sektors der Meinungsforschung. Die Kontrolle der Umfragen durch die Alia beschränkt sich damit darauf, die Einhaltung der formalen Kriterien - Angaben zur Umfrage und Zeitpunkt der Veröffentlichung - zu überprüfen. Es schützt derzeit also nichts die Wählerinnen und Wähler

vor schludrig produzierten Wahlprognosen. Andererseits hat der Staatsrat zu Recht angemerkt, dass eine Einschränkung der Veröffentlichung von Umfrageergebnissen - nach welchen Kriterien auch immer - durchaus die Meinungsfreiheit tangieren könnte.

Schwerer nachzuvollziehen ist die Verschärfung gegenüber dem ursprünglichen Vorschlag von 2012 betreffs der Sperrfrist für Umfragen. Diese beträgt nun fünf statt, wie ursprünglich von Bodry vorgeschlagen, zwei Tage. Diese Regelung soll sicherstellen, liest man im Kommissionsbericht, dass gegen Verstöße noch Klagen eingereicht werden können. Nachdem aber die Qualitätsanforderungen gestrichen wurden, gibt es eigentlich für Klagen kaum noch Gründe. Man kann sich aber gut vorstellen, dass während dieser fünf Tage die finanzkräftigeren unter den Parteien sich einen Vorteil verschaffen, indem sie auf - nicht veröffentlichte - Umfragen zurückgreifen. Die Idee einer Verpflichtung zur Veröffentlichung aller Wahlumfragen im Sinne der Chancengleichheit taucht in den Überlegungen leider nicht auf.

**Maulkorb für Wochenblätter?**

Wird diese Reform wirklich sicherstellen, dass Versuche, mit Umfrageergebnissen Einfluss auf den Wahlausgang zu nehmen, unterbleiben? Unklar ist zum Beispiel, wie weit die Alia in der Praxis gegen die Online-Veröffentlichung von Umfragen durch Privatpersonen vorgehen kann - obwohl das Schadenspotenzial von Internet-Hypes größer ist als das vieler traditioneller Medien. Erschwerend kommt hinzu, dass sich die neuen gesetzlichen Regelungen nicht nur auf das Veröffentlichende sondern auch auf das Kommentieren von Umfragen beziehen. Muss also, wer eine bereits veröffentlichte Umfrage kommentiert, die Metadaten neu abdrucken? Und vor allem: Gilt die Sperrfrist auch für Reaktionen auf Umfragen? Falls ja, würde das bedeuten, dass keine der in Luxemburg erscheinenden Wochenzeitungen in der Woche vor den Wahlen die vorliegenden Prognosen kommentieren darf. Die woxx jedenfalls wird sich den Mund nicht verbieten lassen.